

Ein Verband 2011

Überblick und aktueller Stand

1. Die Idee

Die fünf Regionalverbände und der Landesfischereiverband in Baden-Württemberg schließen sich bis 2011 zu einem gemeinsamen Landesverband zusammen.

2. Warum ein gemeinsamer Verband?

Die Fischerei und ihre Verbände stehen in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Demografische und gesellschaftliche Veränderungen machen es schwerer, ehrenamtliche Mitarbeiter zu gewinnen. Das zwingt die Verbände, ihre Arbeit professioneller, sprich: teurer, zu erledigen. Dazu gehören ein einheitlicher Auftritt in der Öffentlichkeit und eine starke Interessenvertretung. Schließlich werden die Aufgaben für die Fischerei nicht leichter: Der Erhalt der Gewässer, der Schutz der Natur und die Abwehr von unberechtigten Eingriffen. Das alles kann ein gemeinsamer Verband besser leisten.

3. Was leistet der neue Verband?

Mit der Fusion verfolgen wir vor allem zwei Ziele. Zum einen erhöht ein landesweit einheitliches Auftreten unser politisches Gewicht und verbessert unsere Einflussmöglichkeiten. Zum andern wollen wir die Stärken und Ressourcen der einzelnen Verbände allen Vereinen zugänglich machen. Eine gut nachvollziehbare Struktur soll unsere Außendarstellung verbessern und zugleich dafür sorgen, dass die Vereine noch besser bei der täglichen Arbeit unterstützt werden.

Zu den Angeboten, die künftig allgemein zur Verfügung stehen sollen, gehören z.B. regelmäßige Informationen, etwa mit einer Verbandszeitschrift, die fachliche, ökologische, wirtschaftliche und rechtliche Beratung, Unterstützung bei der Zusammenarbeit mit Behörden, Hilfe bei der Mitgliederverwaltung oder beim Beschaffen von Fördermitteln und eine intensive Ausbildungs- und Jugendarbeit.

4. Wie sieht der neue Verband aus?

Die neue Verbandsstruktur richtet sich nach den Aufgaben und Zielen, die wir uns gesetzt haben. Bisher haben wir vereinbart, die erste regionale Gliederung an den Grenzen der vier Regierungsbezirke auszurichten. In jeder dieser Regionen soll eine Verbandsgeschäftsstelle mit Servicefunktionen und jeweils einem Ansprechpartner für die Regierungspräsidien eingerichtet werden. Die Einzelheiten, etwa die weitere Untergliederung oder die Organisation der Geschäftsstellentätigkeit, plant die Projektgruppe in den nächsten Schritten.

Über den aktuellen Stand im Projekt wird in regelmäßigen Projektinfos berichtet.